

Mammut-Debatte für die Nachwelt

Morgen diskutiert der Landrat über Sinn und Unsinn von Fusions-Initiative und Gegenvorschlag

Von Daniel Ballmer und Jonas Hoskyn

Liestal. Die Situation ist schizophoren: Es ist das wohl wichtigste politische Geschäft seit Jahrzehnten. Und dennoch könnte man sich die morgige Debatte im Baseltier Kantonparlament zur Fusions-Initiative wohl grösstenteils sparen. Viele Voten sind vorhersehbar. Spannend bleibt vor allem die Frage, ob dieser ein Gegenvorschlag gegenübergestellt werden und wie dieser aussehen soll. Die grosse Grundsatzschlacht wird aber bereits in der Eintretensdebatte erwartet.

Es gibt wohl kaum einen Parlamentarier, der noch keine feste Haltung zur Fusions-Initiative hat. Und es wird wohl nur wenige geben, die sich ihre Meinung verkneifen können. «Noch heute wird über die Debatte vor 50 Jahren geredet. Da denkt der eine oder andere sicher schon an die Nachwelt», sagt Grünen-Fraktionspräsident Klaus Kirchmayr, der selber im Initiativkomitee sitzt.

«Das gibt einen Schlagabtausch, eine Grundsatzdiskussion über das Baseltier», sagt CVP-Fraktionspräsident Felix Keller. Vor allem die SVP werde aus

dem Vollen schöpfen. «Einige sehen dem Geschäft gelassen, andere voller Herzblut entgegen.»

«Zweihänder zu Hause lassen»

FDP-Fraktionschef Rolf Richterich findet deutliche Worte, wenn er an die morgige Debatte denkt: «Das ist bestenfalls etwas für die Galerie – ein Filibuster», sagt er. Darunter versteht man eine langwierige Rede, die den politischen Gegner blockieren oder zumindest ermüden soll: «Das Wichtigste ist, dass die Kuh schnell vom Eis kommt. Die Meinungen sind gemacht und es ist auch keine besonders komplizierte Frage», sagt Richterich.

Trotz dem emotionalen Thema hofft Kirchmayr auf eine sachliche Debatte: «Den emotionalen Zweihänder sollte man zuhause lassen.» Er selber werde den Antrag stellen, den Gegenvorschlag zu übernehmen, den der Basler Grosse Rat letzte Woche verabschiedet hat. Dieser unterscheidet sich vom geplanten Gegenvorschlag in Bezug auf die Grösse des Verfassungsrates: Statt wie geplant 60 Baseltier und 40 Basler sollen im Falle von einem Ja an der Urne deren

75 und 50 die Rahmenbedingungen einer Wiedervereinigung vorbereiten.

Dies wird wohl nicht der einzige Diskussionspunkt bleiben. SP-Landrat Ruedi Brassel erwartet «eine grössere Debatte mit Anträgen von beiden Seiten». Er hofft auf eine konstruktive Debatte: «Es gibt viele Leute, die verstanden haben, dass es jetzt eben nicht um ein grundsätzliches Ja oder Nein zur Fusion geht. Es geht darum, eine Fusion ernsthaft zu prüfen. Wer diesen Unterschied begriffen hat, wird nicht mehr einfach eine Njet-Parole vertreten können.»

Widerstand auf breiter Front

Tatsächlich aber dürften die Gräben schon ziemlich vorgezogen sein. SP und Grüne sind grösstenteils für die Fusionsinitiative. Auch in der Mitte findet das Anliegen wohl eine Mehrheit, schätzt Keller. Richterich und mit ihm ein Grossteil der FPD sind gegen das Volksbegehren: «Ein Ja zur Fusions-Initiative würde das politische Leben über Jahre hinweg blockieren.»

Die SVP schliesslich ist bisher als geschlossene Front gegen die Fusion aufge-

treten. So wurden etwa die Kandidaten für die Landratswahlen 2015 bereits jetzt als «Botschafter gegen die Fusion» betitelt. Daneben hat die Partei schon jetzt eine grosse Kampagne gegen die Fusionspläne gestartet. Ein Ausscheren eines SVP-Parlamentariers wäre entsprechend eine riesige Überraschung.

Tatsächlich kündigt SVP-Präsident Oskar Kämpfer Widerstand auf breiter Front an. Gleich mehrere Anträge will seine Fraktion einreichen. So fordert die SVP, dass der Verfassungsrat wenn schon dann nach der Zahl der jeweiligen Stimmberechtigten zusammengesetzt wird. Konkret: 63 Prozent fürs Land, 37 Prozent für die Stadt. Gleichzeitig fordert die SVP, dass bereits der Verfassungsrat die nötigsten Gesetze erarbeiten soll, etwa das Finanzhaushaltsgesetz. «Das Stimmvolk sollte zumindest wissen, was ihm bevorsteht und wie die Finanzströme zwischen Stadt und Land aussehen könnten», argumentiert Kämpfer. Letztlich aber werde die SVP Initiative wie Gegenvorschlag ablehnen. «Ich bin aber Realist genug, um zu wissen, dass wir damit morgen in der Minderheit sein werden», sagt Kämpfer.

Nachrichten

Polizei erwischt Raser auf Motorrad

Biel-Benken. Mit 108 Stundenkilometern statt den erlaubten 50 wurde am Montagnachmittag gegen 15.40 Uhr ein Raser auf einem Motorrad von einer mobilen Geschwindigkeitsmessanlage in der Therwilerstrasse registriert. Dem fehlbaren Lenker des Motorrads mit Schweizer Kontrollschildern droht nun eine empfindliche Geldbusse sowie ein längerer Führerausweisentzug; zudem wird der Raser an die Staatsanwaltschaft verurteilt, wie die Polizei Basellandschaft mitteilt.

FDP will ausgeglichenen Haushalt in Binningen

Binningen. Das Sparpaket der Gemeinde Binningen soll «ohne Scheuklappen» geprüft werden, fordert die FDP Binningen in einer Mitteilung. Für die Partei stehen drei Ziele im Vordergrund, um das strukturelle Defizit zu verringern. So sollen weitere Schulden vermieden, der Service public weitergeführt und an einer moderaten Steuerbelastung festgehalten werden.

Sicherheitsfirma führt Verkehrskontrollen durch

Waldenburg. Nachdem bereits im Februar der Gemeinderat der Firma 24Security den Auftrag für die Kontrolle des ruhenden Verkehrs erteilt hatte, hat das Sicherheitsunternehmen nun seine Arbeit aufgenommen. Dies teilt der Gemeinderat mit. Die Firma 24Security wird durch den Gemeindepolizisten unterstützt. Neben Verkehrskontrollen soll das Unternehmen auch Kontrollen in öffentlichen Anlagen durchführen.

Autofahrer massiv zu schnell unterwegs

Reinach. Die Polizei Basellandschaft hat am Montagnachmittag gegen 13.50 Uhr einen Schnellfahrer erwischt, der in der Baselstrasse mit deutlich überhöhter Geschwindigkeit unterwegs war. Bei der mobilen Geschwindigkeitskontrolle wurde ein Personenwagen, der in Richtung Münchenstein unterwegs war, mit einer Geschwindigkeit von 85 Stundenkilometern gemessen. Erlaubt gewesen wären 50 Stundenkilometer. Dem Fahrzeuglenker drohen ein mehrmonatiger Entzug des Führerausweises sowie eine empfindliche Geldbusse. Zudem wird er an die Baseltier Staatsanwaltschaft verzeigt.

Baselland zahlt Millionen und weiss nicht wofür

Für den Kantonsarzt treibe Patientenfremzügigkeit die Kosten in die Höhe – diese Erklärung greift wohl zu kurz

Von Joël Hoffmann

Liestal. Eines ist klar: Die Baseltier Gesundheitskosten werden voraussichtlich dieses Jahr auf 360 Millionen Franken steigen. Brisant: Das sind 20 Millionen Franken mehr als ursprünglich budgetiert. Weshalb die Gesundheitskosten bereits wieder dermassen massiv ansteigen, darüber scheint bei der Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion (VGD) niemand so genau Bescheid zu wissen.

2014 setzt sich der negative Trend der letzten Jahre fort. 2012 sparte der Landrat beim Budget und musste eine massive Kostenüberschreitung zur Kenntnis nehmen. Für 2013 sollte realistisch budgetiert werden. Doch auch hier lag die VGD massiv neben der Realität. 33 Millionen Franken waren die Ausgaben im Gesundheitswesen höher als im Budget vorgesehen.

Die Finanzkommission des Landrates versetzen die neuen Zahlen in Aufregung. Es wird davon gesprochen, dass Regierungsrat und Gesundheitsdirek-

tor Thomas Weber seine Direktion nicht im Griff habe. Der Finanzkommission ist nicht klar, weshalb die Kosten derart explodieren können und die Direktion mit ihrem Budget schon wieder derart danebenliegt.

Totale Kosten noch unklar

Nach dem ersten massiven Anstieg von 2012 auf 2013 hat sich die VGD fürs Budget 2014 am Vorjahr orientiert, wie Kantonsarzt Dominik Schorr sagt. Doch die Kosten für 2014 scheinen nicht auf dem hohen Niveau des Vorjahres zu verharren, sondern schnellen weiter in die Höhe. Zum Vergleich: Der Kanton erwartet beim Aufwand eine Budgetabweichung von total 38,5 Millionen – davon sind knapp 20 Millionen alleine die steigenden Gesundheitskosten. Hinzu kommt, dass der Kanton 35,3 Millionen Franken weniger Ertrag erwartet als budgetiert. Total fällt das Budget 2014 voraussichtlich um 114 Millionen schlechter aus als angenommen.

Noch sind es alles Hochrechnungen, wie Schorr betont. Die Berechnungen

basieren auf Daten des ersten Quartals 2014. Ob es Ende Jahr genau so düster, besser oder schlimmer wird, wird sich zeigen. «Wir spielen mit offenen Karten», sagt Schorr. Doch was genau die Gesundheitskosten derart in die Höhe schnellen lässt, da ist man sich innerhalb der VGD uneins. Für den Kantonsarzt sind die Patienten, die sich im Unispital Basel behandeln lassen die Kostentreiber. Denn der Tarif fürs Unispital ist höher als bei den anderen. Doch diese Patienten alleine machen fünf bis sechs Millionen aus und nicht gleich 20 Millionen. So weiss man auch im VGD, dass es mehr Fälle geben müsse.

Da der Kanton 55 Prozent der Fallpauschalen bezahlt, sollte man bei der VGD eigentlich die Zahlen fürs 2013 kennen und aufzeigen können, bei welchen Behandlungen eine Kostenzunahme zu verzeichnen ist. Zwar existiert ein interner Gesundheitskostenbericht, doch dieser ist trotz Öffentlichkeitsprinzip nicht online veröffentlicht.

Die Finanzkommission will durch externe Fachpersonen das Baseltier

Gesundheitswesen durchleuchten lassen. Selbst Finanzdirektor Anton Lauer begrüsst eine solche Expertise.

Bevölkerung sei nicht kränker

Für die massive Zunahme der Gesundheitskosten scheint zumindest klar zu sein, dass die Spitäler im ersten Quartal 2014 wiederum viel mehr Behandlungen durchgeführt haben müssen. Dafür gibt es drei mögliche Erklärungen: Da wäre zum einen die Möglichkeit, dass die Baseltier Bevölkerung in den letzten zwei Jahren massiv viel kränker geworden ist. Das wiederum stellt Kantonsarzt Schorr in Abrede.

Zum anderen könnten sich viel mehr Baseltier im Spital behandeln lassen wollen, weshalb sich die Nachfrage nach stationären Behandlungen häuft. Drittens wäre es möglich, dass die Spitäler für 20 Millionen Franken zusätzlich, also systematisch, neue Fälle generieren. Das heisst, die Spitäler führen mehr und mehr unnötige Behandlungen durch. Aber genau weiss das im Baseltier im Moment niemand.

Spitäler sollen ausbilden müssen

Grüne wollen Krankenhäuser gesetzlich verpflichten

Liestal. «Der Pflegenotstand ist ein grosses Problem und wird sich weiter verschärfen», klagt Grünen-Landrat Philipp Schoch, der selber im Gesundheitsbereich tätig ist. Zwar gebe es bereits gute Ansätze, um das Problem zu beheben. Gleichzeitig erachtet es Schoch aber als unerlässlich, dass auch die kantonale Gesetzgebung entsprechend angepasst wird. Morgen Donnerstag wollen die Grünen im Landrat ein Postulat einreichen, in dem sie die Baseltier Regierung dazu auffordern, eine Ausbildungspflicht im Kantonsgesetz zu prüfen.

Schon heute würden einige Kantone einer Verpflichtung der Spitäler zur Ausbildung kennen, führt Schoch weiter aus. Als Beispiel nennt er den Kanton Solothurn. Dort sei die Aus- und Weiterbildungspflicht ein wesentliches Kriterium für die Aufnahme auf die Spitalliste. Weil die Aus- und Weiterbildung seit 2012 teilweise über die Fallpauschalen abgegolten wird, sind die entsprechenden Kosten Teil der Bemessungsgrundlagen für die Ermittlung der Base-Rates. «Damit Rechtsgleichheit besteht und die Spiesse der Leistungserbringer gleich lang sind, haben sich die Leistungserbringer angemessen an der Aus- und Weiterbildung der Berufe im Gesundheitswesen zu beteiligen», heisst es im Solothurner Spitalgesetz. Die angemessene Beteiligung kann in Form von eigenen Ausbildungsplätzen, -verbänden oder finanzieller Abgeltung erfolgen. dab

Kantone gegen Lockerung der Fluglärmvorschriften

Regierungen wollen Lärmschutz nicht schwächen

Von Daniel Ballmer

Liestal/Basel. Die Regierungen beider Basel sind klar gegen eine Lockerung der Fluglärmvorschriften. In ihren gestern veröffentlichten Stellungnahmen lehnen sie eine geplante Änderung der Lärmschutz-Verordnung (LSV) des Bundes ab. Die Revision hat zum Ziel, die lärmschutzrechtlichen Vorgaben für die Raumplanung so anzupassen, dass in Gebieten mit Fluglärm eine angemessene Siedlungsentwicklung ermöglicht wird – selbst wenn in den Nachtstunden die Lärmgrenzwerte überschritten werden. «Die geplante Regelung würde den Lärmschutz mehr schwächen, als Vorteile für die Raumplanung kreieren», schreibt die Basler Regierung. Darüber hinaus entstünden kontraproduktive Auswirkungen auch für den Umgang mit anderen Lärmarten.

Auch die Baseltier Regierung will zwischen 22 Uhr und Mitternacht nicht mehr Lärm. Aus diesem Grund spricht sie sich ebenfalls dagegen aus, dass bei Grossflughäfen künftig die Planungs- und Immissionsgrenzwerte der LSV als eingehalten gelten sollen, wenn zwischen 24 und 6 Uhr morgens kein Flugbetrieb vorgesehen ist. Schliesslich betreffe diese Änderung die «kritische Tageszeit der Einschlafphase (22–24 Uhr)». Dass der Vorschlag zur Lockerung ausgerechnet «eine der sensibels-

ten Tageszeiten für die Bevölkerung» betrifft, sei für den Regierungsrat «nicht nachvollziehbar». Schliesslich bezwecke die Lärmschutz-Verordnung doch gerade, die Bevölkerung vor schädlichem und lästigem Lärm zu schützen.

Interessenkonflikt mit Wirtschaft

Die Baseltier Regierung betrachtet den Änderungsvorschlag als Anpassung der LSV ans Betriebsreglement einer Anlage. Und das könne «nicht im Sinne des Umweltschutzgesetzes sein». Hintergrund der Bundes-Pläne ist indes, dass das nationale Lärmschutzrecht heute allzu lärmige Gebiete einer neuen Nutzung entzieht – was wirtschaftlichen Interessen zuwiderläuft.

In Gebieten mit Fluglärm, welcher die LSV-Grenzwerte überschreitet, dürfen heute beispielsweise keine neuen Bauzonen geschaffen und bestehende Bauzonen nicht neu erschlossen werden. Der Bund will mit der angeregten Änderung den Interessenkonflikt zwischen Lärmschutz der Bevölkerung und Siedlungsentwicklung entschärfen. Die Planungs- und Immissionsgrenzwerte für den Nachtflugbetrieb sollen künftig unter anderem dann als eingehalten gelten, wenn die Gebäude gut schallisoliert sind. Zudem sollen die Schlafräume Fenster haben, die sich in den Zeiten mit Flugverkehr automatisch schliessen und in flugfreien Zeiten automatisch öffnen lassen.

ANZEIGE

Ich bin das Kantonsspital Baselland



Ruth Boutellier
Leiterin Pflegedienst KSBL Bruderholz

«Meine Mitarbeitenden liegen mir sehr am Herzen. Mit grosser Freude engagiere ich mich täglich für sie.»

Kantonsspital
Baselland